

Bericht

des Ausschusses für öffentliche Unternehmen

über die Drucksache

**22/8914: Berichterstattung zur Fusion der Wärme Hamburg GmbH mit der
Hamburg Energie GmbH zur Hamburger Energiewerke GmbH
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **Güngör Yilmaz**

Schriftführung: **Norbert Hackbusch**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 22/8914 wurde in der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 24. August 2022 auf Antrag der CDU-Fraktion an den Ausschuss für öffentliche Unternehmen überwiesen.

Der Ausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 7. Dezember 2022 abschließend mit der Vorlage.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erinnerten zunächst daran, dass bereits im Mai eine Vorstellung der weiteren Vorgehensweise bei der Unternehmensfusion in diesem Ausschuss stattgefunden habe (siehe Ausschussprotokoll Nummer 22/17 des Ausschusses für öffentliche Unternehmen). Berichtet werden könne nun insbesondere über das durch den Aufsichtsrat abgeseignete Ersatzkonzept für das Kohlekraftwerk Tiefstack. Auch auf die aktuelle Situation im Zuge der Energiekrise und die Anstrengungen, um die Versorgungssicherheit in Hamburg zu gewährleisten, werde im Folgenden eingegangen.

Grundsätzlich merkten sie an, den Volksentscheid umgesetzt zu haben, indem eine Reihe von Unternehmen wieder in die öffentliche Hand zurückgeholt worden sei. Die beiden Unternehmen Wärme Hamburg und HAMBURG ENERGIE seien an einem freien, nicht regulierten Markt tätig gewesen und hätten in bestimmten Bereichen überschneidende Angebote im Portfolio gehabt. Es sei daher naheliegend gewesen, eine stärkere Verschränkung der beiden Unternehmen vorzunehmen, um schlagkräftiger zu werden. Eine Vollfusion sei allerdings zunächst nicht angestrebt worden. Es habe ein Kooperationsaudit gegeben, um durch Berater verschiedene Varianten prüfen zu lassen. Diese seien indes mit den Geschäftsleitungen sehr schnell zu dem Schluss gelangt, dass eine Vollfusion der beste Weg wäre. Nachdem dieser Vorschlag von dem Lenkungskreis akzeptiert worden sei, sei innerhalb eines Jahres, also sehr schnell, die Fusion erfolgt und innerhalb des geplanten Zeit- und Budgetrahmens umgesetzt worden. Dass der Fusionsprozess sehr erfolgreich verlaufen sei, werde auch daran erkennbar, dass knapp 13 Millionen Euro für Fusionskosten angesetzt gewesen seien, diese Summe letztlich aber um 4,8 Millionen Euro abgesenkt werden konnte. Das sei sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass bereits intensive

Erfahrungen darin gesammelt werden konnten, Unternehmen aus dem Vattenfall-Konzern herauszuleiten. Für diesen Prozess habe der Sprecher der Geschäftsführung gewonnen werden können, der federführend für die Stadt bereits zum dritten Mal tätig geworden sei. Das Unternehmen sei ein ganz wesentlicher Akteur des Senates nicht nur hinsichtlich der Erreichung der Klimaziele, sondern auch bei dem Vorantreiben der Energiewende, der Sicherung des Hamburger Standortes und insbesondere in der aktuellen Krise der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hoben hervor, dass die Hamburger Energiewerke auch im Zuge der Wasserstoffwirtschaft eine entscheidende Rolle spielten. Bei dem am Standort Moorburg geplanten Elektrolyseur seien die Hamburger Energiewerke in einem Konsortium mit anderen Unternehmen tätig und fungierten als Konsortialführer. Daran werde deutlich, welche Rolle die öffentlichen Unternehmen in diesem Bereich spielten. Sie trieben den technischen Wandel voran, um bei der Erreichung der Klimaziele erfolgreich zu sein. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, froh darüber zu sein, angesichts der aktuellen Krise über ein hervorragend aufgestelltes Unternehmen zu verfügen, das im Auftrag des Senats die Versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger sicherstelle.

Der Vertreter der Hamburger Energiewerke (HEnW) berichtete anhand einer Präsentation (siehe Anlage), dass die Fusion zum 31. August 2022 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der Prozess sei zunächst mit 13 Millionen Euro budgetiert gewesen, wobei letztlich lediglich 8 Millionen Euro benötigt worden seien. Von den 13 Millionen Euro seien 3 Millionen für das Heraustrennen der Querschnittsfunktionen aus HAMBURG WASSER vorgesehen gewesen und 10 Millionen Euro für die Transition der IT-Applikationslandschaft aus dem Rechenzentrum von HAMBURG WASSER. Letzteres habe mit 6 Millionen Euro bewerkstelligt werden können, was für die Reduzierung des zunächst veranschlagten Gesamtbudgets ursächlich sei.

Der Vertreter der HEnW schilderte, dass nach der Fusion 780 Beschäftigte für das Unternehmen tätig seien. Rund 8.500 E-Mobilitätskundinnen und -kunden würden betreut, HEnW fertige für das öffentliche Ladenetz die energiewirtschaftliche Abrechnung; das Unternehmen verfüge über ein großes Portfolio privater und halböffentlicher Ladeinfrastruktur. 130.000 Grünstromkundinnen und -kunden würden ebenso versorgt wie 500.000 Wohneinheiten mit Wärme.

Die HEnW hätten bezogen auf den Klimaschutz und die Energiewende im Stadtgebiet das Versprechen gegeben, das Energiesystem in Hamburg zu defossilisieren und hierbei mit innovativen ökologischen Lösungen eine Vorbildfunktion einzunehmen. Die HEnW seien auf dem Markt allerdings nicht allein unterwegs, sondern stünden mit anderen Strom- und Gaslieferanten in einem intensiven Wettbewerb. Das Unternehmen strebe an, für Quartierslösungen und für die Industrie, aber auch für das Gewerbe und für Endkundinnen und -kunden der erste Ansprechpartner zu sein.

Die großen Ziele des Unternehmens seien Klimaneutralität durch Defossilisierung einerseits und Klimaneutralität durch Wachstum andererseits. In der Fernwärme, bei der die HEnW einen Marktanteil von 25 Prozent halte, werde im Stadtgebiet ein Anstieg um 10 auf 35 Prozent angestrebt. Auch in den Bereichen Fotovoltaik und Wind arbeite das Unternehmen an einem Wachstum, da es der Überzeugung sei, dann gut aufgestellt zu sein, wenn nicht nur ein Brennstoffträger den Schwerpunkt bilde, sondern die Aufstellung auch in der Anlagentechnologie möglichst breit erfolge, um Versorgungssicherheit für das Stadtgebiet und auch für Industrie und Gewerbe sicherzustellen.

Wirtschaftlichkeit und Werterhalt seien von großer Bedeutung für das Unternehmen, fügte dessen Vertreter hinzu und erläuterte, dass ein Kaufpreis für die Übernahme der Wärme aus dem Vattenfall-Konzern in Höhe von 950 Millionen Euro gezahlt worden sei. Dieser Unternehmenswert solle selbstverständlich erhalten bleiben, weshalb mittels Impairment-Tests erhoben werde, inwiefern wirtschaftlich und rentabel gearbeitet werde. Zudem sei sich das Unternehmen aber auch seiner sozialen Verantwortung bewusst.

In Zusammenhang mit der Übernahme des Wärmegeschäfts habe der Senat das Versprechen abgegeben, dass die Preise der Fernwärme nicht stärker stiegen als diejenigen vergleichbarer Wettbewerbstechnologien. Hinzu komme, dass öffentliche Inte-

ressen zu berücksichtigen seien; als jüngstes Unternehmen, das in das Portfolio des Stadtkonzerns eingegliedert worden sei, seien sich die HEnW bewusst, im Bereich der Ver- und Entsorgung sowie leitungsgebundener Energieinfrastrukturen eng mit anderen Unternehmen zu kooperieren und sich somit im Rahmen der Stadtwirtschaftsstrategie zu bewegen.

Der Vertreter der HEnW erläuterte, dass das Unternehmen mit seinen 130.000 Kundinnen und Kunden der zweitgrößte Stromanbieter in Hamburg sei, Grundversorger sei Vattenfall. Im Bereich Gas betreue das Unternehmen 30.000 Kundinnen und Kunden, wobei hier E.ON als Grundversorger im Stadtgebiet fungiere. Nach der Fusion verfüge das Unternehmen nun über 100 Erzeugungsanlagen, wozu neben der klassischen Fernwärme auch Quartierslösungen, also Blockheizkraftwerke, die in Quartieren zusammengeführt würden, zählten. Darüber hinaus verfüge das Unternehmen über 1.300 Ladesäulen im Bereich der halböffentlichen und privaten Infrastruktur.

Die Außerbetriebnahme der beiden Kohlekraftwerke bezeichnete der Vertreter der HEnW als zentrale Aufgabe des Unternehmens. Er erinnerte daran, dass neben der nationalen Gesetzgebung auch konkret in Hamburg ein Kohleausstieg vereinbart sei, sodass bis spätestens 2030 keine Wärmeproduktion mehr aus Kohle erfolge. Das im Zuge dieses Prozesses der Defossilisierung erforderliche Transformationsbudget belaufe sich bis zum Jahr 2027 auf 1,6 Milliarden Euro. Der Jahresumsatz im Jahr 2022 habe 1,7 Milliarden Euro betragen.

Der Vertreter der HEnW berichtete weiter, geplant sei, gemeinsam mit Mitsubishi Heavy Industries und Siemens am Standort Moorburg eine 100-Megawatt(MW)-Elektrolyseanlage zu realisieren, um damit die Dekarbonisierung der Industrie und des Gewerbes im Hafengebiet zu ermöglichen. Die Industrie in Hamburg verbrauche pro Jahr etwa 1 Milliarde Kubikmeter Erdgas, und um diese zu defossilisieren, sei ein Angebot an grünem Wasserstoff unerlässlich. Dazu solle mit lokaler Elektrolyse im Stadtgebiet ein Beitrag geleistet werden. Für die HEnW sei dies wirtschaftlich, da die Abwärme, die in dem Elektrolyseprozess entstehe, im Fernwärmesystem genutzt werden könne. Neben Wasserstoff falle im Elektrolyseprozess auch Sauerstoff an, der ebenfalls nutzbar gemacht werden solle.

Details zur Fusion

Zur Fusion führte der Vertreter der HEnW aus, dass HAMBURG ENERGIE im Jahr 2009 gegründet worden sei und den Fokus auf die Funktion als Ökostromanbieter gelegt habe. Mit der Übernahme der Wärme seien komplementäre Geschäftsmodelle entstanden. Aus Sicht des Senats ebenso wie auch der Unternehmen sei es wenig sinnvoll gewesen, zwei öffentliche Unternehmen im gleichen Wettbewerbssegment zu unterhalten. Mit der Fusion sei es gelungen, die Stärken beider Häuser zu bündeln und das Endkunden- ebenso wie das Geschäftskundengeschäft zusammenzuführen, indem Paketlösungen für die unterschiedlichsten Kundenkreise angeboten würden. Damit sei ein gestärkter Gestalter der Energiewende entstanden, der wettbewerbsfähig aufgestellt sei und Wachstum realisieren könne. HAMBURG WASSER sei die abgebende Organisation gewesen, da HAMBURG ENERGIE eine ihrer Töchter gewesen sei. Die dortigen Kolleginnen und Kollegen hätten in allen Bereichen – bei der IT ebenso wie in den Querschnittsbereichen – den Prozess hervorragend unterstützt. Der Vertreter der HEnW unterstrich, der Fusionsprozess sei nicht zuletzt deshalb gelungen, weil die Kooperation im Stadtkonzern hervorragend funktioniert habe.

Mit dem Zusammenführen der Geschäftsmodelle seien mehrere Synergien gehoben worden, hob der Vertreter der HEnW hervor. So werde beispielsweise der IT-Bereich bei der Stromnetz Hamburg und der Gasnetz Hamburg genutzt; dorthin seien sämtliche energiewirtschaftlichen IT-Applikationen, insgesamt 60, verlagert worden. Die Entgeltabrechnung für die HAMBURG ENERGIE werde ebenfalls von der Stromnetz Hamburg geleistet, der Einkauf wiederum werde von der Gasnetz Hamburg gestaltet. HAMBURG ENERGIE habe zu keiner Zeit über gewerblich angestellte Beschäftigte verfügt, sondern die Betreuung der technischen Anlagen stets an externe Dritte vergeben. All diese Dienstleistungsverträge hätten aufgekündigt werden können, da nun sämtliche 100 Anlagen aus dem gewerblichen Bereich der ehemaligen Wärme Hamburg heraus betreut würden. Auch die Wärme Hamburg habe seinerzeit über dezentrale Anlagen in Bergedorf und Allermöhe verfügt, sodass entsprechende Synergien

bestanden. Die gesamte Anlagenkonfiguration auch für die Quartiere im Stadtgebiet sei auf gemeinsame technische Anschlussbedingungen und Richtlinien hin ausgerichtet worden, sodass sich im Bereich der Technik bedeutende Synergien ergäben. Die Energiewirtschaft sei gemeinsam ausgeprägt worden, was ebenfalls für die Beschaffungsvorgänge gelte. Auch die Hedging-Strategien, die damit in Verbindung stünden, seien mittlerweile in einem Geschäftsbereich gebündelt. Insgesamt sei zu konstatieren, dass die Beschäftigten nicht mehr in den Kategorien dächten, wer welcher Company entstamme, sondern sich bereits als Team der Hamburger Energiewerke verstünden.

Im Zusammenhang mit der Defossilisierung des Fernwärmesystems erläuterte der Vertreter der HEnW, dass im Stadtgebiet Hamburgs pro Jahr 15 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß zu verzeichnen seien, von denen die Fernwärme mit 1 Million der größte Emittent sei. Der Kohleausstieg sei von zentraler Bedeutung, da damit ein großer Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt geleistet werden könne.

Ersatz Heizkraftwerk Wedel

Der erste Schritt in diese Richtung sei die Ablösung des Heizkraftwerks Wedel, das im Jahr 1965 in Betrieb gegangen und somit eines der ältesten Kohlekraftwerke in der Republik sei. Anfang der Achtzigerjahre habe ein Umbau in den Kraft-Wärme-Kopplung-Betrieb stattgefunden. Im Zusammenhang damit sei die lange Fernwärmetrasse von Wedel in das Stadtgebiet gebaut worden. Das Kraftwerk habe im Laufe der Zeit wiederholt Erneuerungen erfahren, um die Grenzwerte nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz einzuhalten. Das ändere jedoch nichts daran, dass es sich um ein Kohlekraftwerk handele, das es zu ersetzen gelte. Der Ersatz erfolge bekanntermaßen nicht am Standort Wedel, da die bewusste Entscheidung für den Greenfield-Ansatz getroffen worden sei, das Ersatzkonzept im Energiepark Hafen anzusiedeln, weil die künftige Grundlast in der Fernwärme durch industrielle Abwärme von Arcelor-Mittal, TRIMET und Speira realisiert werden solle. Es sei geplant, eine große Abwasserwärmepumpe im Klärwerk von HAMBURG WASSER zu errichten. In unmittelbarer Nähe der Dradenau solle zudem eine große Klärschlammverbrennungsanlage gebaut werden und auch die dort entstehende Abwärme solle in das System eingebunden werden. Das gelte gleichermaßen für die Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR), die derzeit ebenfalls noch nicht in das Fernwärmesystem eingebunden sei; die MVR der Stadtreinigung produziere Dampf für das Unternehmen Schindler. Das gesamte System werde durch einen Aquifer-Speicher abgerundet, der es ermögliche, die auch im Sommer entstehenden industriellen Abwärmern zwischenspeichern, um sie in der Heizperiode nutzbar zu machen und dadurch fossile Energien einzusparen. In einer Power-to-Heat-Anlage seien zudem auch Tagesspeicher vorgesehen, um die Flexibilität im System auszuweiten und den Einsatz von Gas so zu reduzieren, dass es nur noch dafür genutzt werde, die industriellen Abwärmern, die mit unterschiedlichen Temperaturniveaus einliefen, auf die erforderlichen Betriebstemperaturen anzuheben.

Dies sei in groben Zügen das Konzept Wedel, dessen einzelne Bausteine sich wie folgt entwickelten: Vor Kurzem habe auf dem Gelände der Dradenau bereits die Grundsteinlegung stattgefunden, der Bau des Kraftwerks sei in vollem Gange. Das Projekt Peute werde gemeinsam mit Aurubis bewegt und diene ebenfalls dem Zweck, Industrieabwärme in das Stadtwärmenetz einzuspeisen. Auch dieses Projekt befinde sich in der Umsetzung, die entsprechenden Verträge mit Aurubis seien ratifiziert, sodass die Inbetriebnahme im Jahr 2024 erfolgen könne. Der Vertreter der HEnW merkte in Zusammenhang mit dem Standort Dradenau an, dass die Verbrauchschwerpunkte der Wärme sich im Hamburger Norden befänden. Er ergänzte, dass sich auch der bergmännisch gebaute Tübbing-Tunnel unter der Elbe im Zeitplan befände. Die Einbauwerke für die Tunnelvortriebsmaschinen seien errichtet, die Bauten an diesem begehbaren Tunnel unterhalb der Elbe schritten wie geplant voran. Gebaut werde des Weiteren an der Parkstraße, um dort in den Norden an die Wedel-Leitung anzuschließen. Die dortigen Bauaktivitäten liefen ebenfalls noch bis zum Jahr 2024.

Zur Power-to-Heat-Anlage in Wedel führte er aus, dass diese 80-MW-Anlage eine der größten sei, die in Deutschland implementiert werde. Auch hier sei der Bau weit fortgeschritten; es werde bereits daran gearbeitet, die Anbindung an die industrielle Abwärme zu realisieren.

Als zukünftige Projekte verblieben die Anbindung der MVR sowie des Zentrums für Ressourcen und Energie (ZRE) der Stadtreinigung, fuhr der Vertreter der HEnW fort. Auch die Anbindung der Abwasser-Wärmepumpe im Hafen, also die Anbindung an das Klärwerk von HAMBURG WASSER, stehe noch an.

Energiepark Tiefstack

Bezogen auf Tiefstack führte der Vertreter der HEnW aus, dass sich auch diesbezüglich mittlerweile ein Konzept in der ingenieurtechnischen Ausarbeitung befinde. Der Aufsichtsrat habe das Transformationsprojekt bereits beschlossen, sodass nun die nächsten technischen Planungen erfolgen könnten. Diese glichen in der Grundkonzeption derjenigen aus Wedel. Die Grundlast im Hamburger Ostsystem solle künftig ebenfalls aus industrieller Abwärme heraus realisiert werden, wobei auch hier Aurubis eine große Rolle spiele. Uniper und Siemens planten, auf dem Verkehrsübungsplatz eine 100-MW-Elektrolyse zu bauen, um dort Sustainable Aviation Fuels zu produzieren. Bei einer 100-MW-Elektrolyse sei ein Abwärmepotenzial zwischen 13 und 20 MW zu erwarten, was eine Größenordnung darstelle, die für die Wärmegewinnung extrem relevant sei.

Der Vertreter der HEnW fügte hinzu, dass die Stadtreinigung bei der Müllverbrennungsanlage Borsigstraße (MVB), die sich in unmittelbarer Nähe zum Kraftwerkstandort Tiefstack befinde, durch eine Rauchgaskondensation weitere 70 MW an Abwärme zusätzlich produzieren werde. Ohne ein Gramm mehr Müll zu verbrennen sei dies allein durch technische Anpassungen und Umrüstungen an der MVB möglich. Zudem seien zwei große Flusswasserwärmepumpen geplant; eine 30-MW-Flusswasserwärmepumpe sei am Standort Tiefstack in der Bille vorgesehen, eine weitere große Flusswasserwärmepumpe in der Norderelbe. Mit dem Senat werde bereits daran gearbeitet, dafür geeignete Flächen zu finden. Zudem solle auch dort ein Aquifer-Speicher realisiert werden.

Im Energiepark Tiefstack sei nicht geplant, das Kohlekraftwerk abzubauen, erläuterte der Vertreter der HEnW weiter. Dieses sei erst 1993 in Betrieb gegangen, also für ein Kraftwerk noch relativ jung. Es sei vorgesehen, eine Konversion des Kraftwerks vorzunehmen, indem auf eine bivalente Feuerung umgestellt werde. Kohle solle einerseits durch Biomasse, andererseits durch Gas ersetzt werden. Hinsichtlich der Biomasse unterstrich er, dass kein Frischholz verbrannt werde. Vielmehr komme Rest- und Schadholz zum Einsatz, also Holz, das mit Schädlingen befallen oder durch Sturmschäden entstanden sei. Da bei der Verbrennung von Biomasse auch CO₂ entstehe, werde darüber nachgedacht, Carbon-Capture-and-Storage(CCS)- und Carbon-Capture-and-Utilization(CCU)-Technologien in das Konzept einzubinden.

Der Transformationsprozess des Kraftwerks Tiefstack werde der Öffentlichkeit transparent vorgestellt sowie durch diverse Diskussionsrunden und Foren begleitet, unterstrich der Vertreter der HEnW. Ankündigungen zu den verschiedenen Veranstaltungen könnten der Website www.energiepark-tiefstack.de entnommen werden.

Versorgungssicherheit

Der Vertreter der HEnW verwies darauf, dass sich das Unternehmen in dem Dreiklang Klimaneutralität, Preisstabilität und Versorgungssicherheit bewege. Der Energieversorgung komme insbesondere seit dem 24. Februar 2022 eine besondere Rolle zu. Seit August 2022 bestehe bekanntermaßen ein Kohleembargo, das gegen den Import von russischer Kohle verhängt worden sei. Hamburg sei davon extrem betroffen, da der Anteil an russischer Kohle in den beiden Kohlekraftwerken insgesamt bislang 50 Prozent betragen habe. Angesichts dessen sei es eine große Herausforderung gewesen, diese Kohle an den globalen Märkten zu ersetzen. Es sei gut gelungen, frühzeitig neue Liefer- und Logistikketten für Kohle aufzubauen. Derzeit werde Kohle aus Südafrika, Kolumbien und den USA kontrahiert. Eine Dekade zurückliegend habe Kohle aus Kolumbien in dem Ruf gestanden, von Arbeitern gefördert zu werden, die nicht gewerkschaftlich organisiert seien. Sie sei mit Kinderarbeit in Zusammenhang gebracht worden und zudem habe der Vorwurf im Raum gestanden, dass die dortigen Kohleminen die geltenden Sicherheitsstandards nicht einhielten. Der Vertreter der HEnW betonte, bei den Lieferanten sehr genau darauf geachtet zu haben, dass diese in der Bettercoal-Initiative organisiert seien. Die in Hamburg genutzte Kohle entstam-

me also Minen, deren Arbeiter gewerkschaftlich organisiert seien und die die Standards der Vereinten Nationen einhielten. Er verwies darauf, dass aufgrund unterschiedlicher chemischer Prozesse in deutschen Kraftwerken nicht jede Kohle verbrannt werden könne. Um die Entstehung glasartiger Schlacken zu vermeiden und die Grenzwerte des Bundesimmissionsschutzgesetzes hinsichtlich des Quecksilberausstoßes einzuhalten, könne nur die Kohle bestimmter Minen genutzt werden. Es seien genügend Öl- und Kohlereserven angelegt, die Lager seien voll, sodass derzeit keine Einschränkungen in der Gas- und Stromversorgung zu befürchten seien.

In Zusammenhang mit der Energiepreisbremse sei das Aussetzen der Dezember-Abschlagszahlung erwähnenswert, wozu sich das Unternehmen derzeit in der Umsetzung befinde, berichtete der Vertreter der HEnW weiter. Zudem seien für die eigenen Kunden des Unternehmens Entlastungen vorgesehen, indem ein Treuebonus in Höhe von 140 Euro in den Bereichen Strom und Gas in Form einer Gutschrift für all jene ausgegeben werde, die weiterhin dem Unternehmen treu blieben. Im Zuge der Einführung des Strom- und Gaspreisdeckels ab März 2023 werde das Unternehmen sicherstellen, dass im März rückwirkend zum 1. Januar 2023 die Entlastungen bei allen Kundinnen und Kunden ankämen.

Nach diesen Ausführungen erteilte die Vorsitzende den Abgeordneten für Nachfragen das Wort.

Fragerunde

Die SPD-Abgeordneten zeigten sich davon, dass die Fusion rund 5 Millionen Euro weniger Kosten verursacht habe als zunächst angenommen, ebenso beeindruckt wie von den Projekten, die in Zusammenhang mit dem Klimawandel von dem Unternehmen bereits angestoßen worden seien. Sie dankten ausdrücklich für die Darlegung der Zusammenhänge und äußerten die Überzeugung, dass die erfolgreiche Vorgehensweise auf die handelnden Personen zurückzuführen sei.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nahmen Bezug auf das erwähnte Transformationsbudget im Umfang von 1,6 Milliarden Euro und fragten, welche Transformationen hierin enthalten seien und wie sich diese Gelder in den Wirtschaftsplänen der nächsten Jahre niederschlugen.

Der AfD-Abgeordnete äußerte sich begeistert über die vorgestellten Abläufe. Im Zuge der Ausführungen zu den Energieparks sei auf das Unternehmen ArcelorMittal hingewiesen worden, das im Jahr 2022 besonders von den Auswirkungen der Energiekrise betroffen gewesen sei und sich im Zuge dessen veranlasst gesehen habe, die Produktion zu drosseln. Ihn interessierte, welche Auswirkungen für die geschilderten Konzepte zu erwarten seien, wenn aufgrund des Rückfahrens der Produktion sich auch die Abwärme entsprechend verringere. Auch wollte er wissen, inwiefern es für derartige Fälle Modellrechnungen gebe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, dass von dem Transformationsbudget all jene Maßnahmen umfasst seien, die der Senat in Verbindung mit dem Ziel vorgegeben habe, bis spätestens zum Jahr 2030 aus der Kohlenutzung auszusteigen und 70 Prozent des CO₂-Ausstoßes einzusparen. Sie hoben hervor, dass die alten Anlagen nicht einfach nur ersetzt würden. Die HEnW hätten den Auftrag durch den Senat erhalten, ihren Anteil an der Wärmeversorgung Hamburgs zu vergrößern und hierfür weitere Bereiche zu erschließen. Daher seien Spielräume für ein gewisses Wachstum, an dem das Unternehmen bereits sehr erfolgreich arbeite, mit eingeplant. Dass die vorgesehenen Maßnahmen von großer wirtschaftlicher Bedeutung seien, stehe außer Frage. Die Stahl- und Aluminiumwerke stünden in internationalem Wettbewerb. Bislang müssten sie für die Abwärme, wenn sie sie in die Elbe einleiteten, Abgaben entrichten. Durch die Neuerungen erhielten sie zukünftig Einnahmen, was zu einer Stärkung dieser Unternehmen führen werde, die damit auch an den Standort gebunden würden. Die Maßnahmen seien also als aktive Industriepolitik zu werten, die einen Beitrag dazu leiste, Arbeitsplätze in Hamburg zu erhalten und zu sichern. Bei dem grünen Wasserstoff handele es sich um eine der wesentlichen Zukunftstechnologien. Der Senat verspreche sich davon gemäß dem alten Prinzip, dass die Industrie der Energie folge, dass der Industriestandort Hamburg nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werde.

Der Vertreter der HEnW ergänzte, dass in den genannten 1,6 Milliarden Euro mehr enthalten sei als der Ersatz des Kraftwerks Wedel. Es sei vorgesehen, das Fernwärmesystem weiter auszubauen, das heute 850 Kilometer umfasse. Bis zum Jahr 2030 sei der Bau weiterer 200 Kilometer geplant. Weitere Gebiete mit einer hohen Wärmedichte sollten in das System integriert werden, was einen entsprechenden Netzausbau und einen Ausbau von Erzeugungskapazitäten bedinge. All dies sei in den 1,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 inkludiert. Die Gelder fänden sich im Wirtschaftsplan wieder. In den Jahren seit 2019 sei bereits sehr viel investiert worden, wobei bislang kein Fremdfinanzierungsbedarf bestanden habe, weil in den Verträgen zur Übernahme der Wärme aus dem Vattenfall-Konzern die Pensionsrückstellungen in Höhe von 325 Millionen Euro in Barmitteln hinterlegt worden seien. Jetzt allerdings werde in die Fremdfinanzierung eingestiegen, wobei im Wesentlichen die Programme der KfW wie beispielsweise Förderprogramme zur Dekarbonisierung von Energiesystemen – insbesondere die Programme 148 und 202 – genutzt würden. Derzeit fänden Gespräche mit diversen Banken statt, um die Finanzierung für ein Volumen von etwa 1 Milliarde Euro zu kontrahieren. Der Rest werde durch Binnenfinanzierung abgedeckt, da das Unternehmen über Einnahmen verfüge, sodass nicht der gesamte Finanzbedarf fremdfinanziert werden müsse. In der Regel werde auf Bankhäuser zugegangen, die bereits Finanzierungsgeschäfte mit der Stadt Hamburg abgeschlossen hätten. Die Frage der Finanzierung werde in enger Abstimmung mit der Finanzbehörde und auch der HGV bewegt. Die Investitionen seien Environmental-Social-Governance(ESG)-konform und bezögen sich auf komplett klimaneutrale Technologien, die zur Dekarbonisierung des Fernwärmesystems erforderlich seien. Daher sei es gar kein Problem, die erforderlichen Gelder zu erhalten.

Er erläuterte weiter, dass das Unternehmen 12.500 Kundenverträge abgeschlossen und damit einen Auftrag zur Versorgungssicherheit zu erfüllen habe. Dieser sei auch dann einzuhalten, wenn die industrielle Abwärme aus welchen Gründen auch immer nicht mehr zur Verfügung stehe. Daher setzten die HEnW auf ein Konzept, das extrem diversifiziert sei, sodass nicht nur ein Partner industrielle Abwärme einspeise, sondern viele kleine in das System eingebunden seien. Spitzenlast-Konzepte sähen Varianten von Anlagen vor, die nur wenige Stunden im Jahr liefen, um besondere Auslastungen abzufedern, wenn es besonders kalt sei oder ein Ausfall eines Anbieters von industrieller Abwärme Unterstützung erforderlich mache. Derartige Spitzenlastwerke bestünden an verschiedensten Stellen in der Stadt: am Eppendorfer Weg, in Barmbek, am Haferweg, in der HafenCity und an vielen weiteren Stellen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE fragten, ob es eine Berechnung dazu gebe, inwiefern angesichts der aktuellen Preissituation Übergewinne angefallen seien. Des Weiteren betonten sie, das Unternehmen spreche sich für einen Verzicht von Energiesperren aus. Sie interessierte, ob es eine Berechnung dazu gebe, welche Kosten dafür entstünden.

Die CDU-Abgeordneten nahmen Bezug auf die aktuell insbesondere im Strombereich vorgenommenen Preiserhöhungen. Inzwischen sei es vor allem für Geschäftskunden wirtschaftlich durchaus erwägenswert, einen Wechsel von HEnW zu anderen Anbietern vorzunehmen. Sie interessierte, inwiefern bereits erste Rückmeldungen oder Kündigungen von Kunden vorlägen und ob das Unternehmen es unter Umständen gar befürworten würde, wenn der eine oder andere Kunde weniger zu versorgen wäre.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten klar, dass die HEnW kein Grundversorger seien, sodass das Unternehmen bei den Kunden, die ihre Rechnung nicht bezahlten, selbst keine Sperre veranlasse. In einem solchen Falle würde der Vertrag gekündigt und der Kunde falle dem Grundversorger zu, der dann weitere Regelungen treffe. Der Präses der BUKEA habe gemeinsam mit dem Präses der Finanzbehörde Gespräche mit den beiden Grundversorgern in Hamburg – mit E.ON im Gasbereich und mit Vattenfall im Stromsegment – geführt, um in einem ersten Schritt sicherzustellen, dass es möglichst nicht zu Sperren komme, und in einem zweiten Schritt dafür zu sorgen, dass durch einen Härtefallfonds Menschen unterstützt würden, die die derzeitigen Preise nicht bezahlen könnten. Den HEnW entstünden dadurch keine Kosten oder Aufwände. Sie fügten hinzu, dass der Senat ein kooperatives Verantwortungsmodell praktiziere. Der Präses der Finanzbehörde sei bis Mitte des Jahres 2022 Mitglied des Aufsichtsrats der HEnW gewesen, wodurch alle dort beschlossenen Investi-

tionen automatisch mit dem zuständigen Senator beraten worden seien. Aber auch nachdem der Präses der Wirtschaftsbehörde dessen Position eingenommen habe, seien die Finanzbehörde und die HGV weiterhin im Aufsichtsrat vertreten, sodass die notwendigen Investitionen grundsätzlich gemeinsam verantwortet würden.

Die Frage nach den Übergewinnen betreffe die HEnW nur in geringem Maße, äußerte der Vertreter des Unternehmens. Die Übergewinnabschöpfung sei in Zusammenhang mit Braunkohle, Fotovoltaik und Windanlagen vorgesehen, also in Bereichen, in denen hohe Stromerlöse realisierbar gewesen seien. Diese Gewinne würden abgeschöpft, was bei den HEnW das Wind- und Fotovoltaik-Portfolio tangiere. Die Steinkohlekraftwerke indes seien von der Gewinnabschöpfung nicht betroffen. Die HEnW unterlägen dem Versorgungsauftrag, Wärme zu produzieren; Strom sei lediglich ein Nebenprodukt, der im Zuge der Kraft-Wärme-Kopplung anfalle, da jede Kilowattstunde Wärme auch eine Kilowattstunde Strom bedeute. Vor dem Hintergrund der hohen Brennstoffkosten, die angefallen seien, weil die Kohle global kontrahiert werden musste, sei hier also keine Übergewinnabschöpfung angezeigt.

Auf die Energiesperren bezogen führte der Vertreter der HEnW aus, das Unternehmen habe sich vor dem Hintergrund der Energiekrise dazu entschlossen, für säumige Strom- und Gaskunden des Unternehmens keine Sperren auszurufen. Allerdings habe das Unternehmen derzeit kaum Forderungsausfälle zu verzeichnen, fügte er hinzu.

In Zusammenhang mit der Frage nach den Preiserhöhungen gab er zu bedenken, dass der Energiesektor extrem reguliert sei. Für die Grundversorger sei gesetzlich vorgeschrieben, dass sie rollierend 36 Monate im Voraus für das Kundenportfolio Strom und Gas beschaffen müssten, was ein Wirtschaftsprüfer testieren müsse. Die Grundversorger könnten also deshalb niedrigere Grundversorgungstarife anbieten, weil das Zeitfenster von dem 24. Februar bis zum Ende des Jahres gemessen an dem Gesamtzeitraum der Beschaffung bei der Kalkulation der Preise deutlich geringer sei. Bei allen anderen Lieferanten, die nicht Grundversorger seien, weil sie kleinere Marktanteile unterhielten, gelte eine gesetzlich vorgeschriebene 18-monatige Beschaffungsstrategie. Demnach werde bei den HEnW Strom und Gas rollierend 18 Monate im Voraus beschafft. Das sei der Grund dafür, weshalb die Grundversorgertarife teilweise geringer seien. Die Preiserhöhungen hätten die HEnW an die Kunden kommuniziert, was bislang nicht zu nennenswerten Wechselbewegungen geführt habe. Auch dem von der Bundesregierung angekündigten Missbrauchsverfahren, das sicherstellen solle, dass keine Preiserhöhungen vorgenommen würden, um Mitnahmeeffekte aus den Entlastungspaketen zu generieren, sähen die HEnW gelassen entgegen. Das Kartellamt werde prüfen, ob die durchgeführte Preiserhöhung mit der Beschaffungsstrategie in Einklang stehe, was die HEnW bei den Arbeitspreisen schlüssig nachweisen könnten.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für öffentliche Unternehmen empfiehlt der Bürgerschaft, die Drs. 22/8914 zur Kenntnis zu nehmen.

Norbert Hackbusch, Berichterstattung

Hamburger Energiewerke

Bericht im Ausschuss öffentlicher Unternehmen

Hamburg | 7. Dezember 2022

Tagesordnung

- 1**
**Hamburger
Energiewerke –**
Transformation
zu einem
nachhaltigen
Versorger
- 2**
**Projekt-
abschluss
Fusion**
- 3**
**Defossilisie-
rung des Fern-
wärmesystems**
- 4**
**Versorgung-
sicherheit**

Tagesordnung

- 1**
**Hamburger
Energiewerke –**
Transformation
zu einem
nachhaltigen
Versorger
- 2**
**Projekt-
abschluss
Fusion**
- 3**
**Defossilisie-
rung des Fern-
wärmesystems**
- 4**
**Versorgung-
sicherheit**

Unsere Reise

Volksentscheid
zum Rückkauf der Energienetze



Mit unserem gebündelten Know-how in den Bereichen Wärme, Strom und Mobilität gestalten wir gemeinsam Hamburgs klimaneutrale Zukunft.

> 780



Mitarbeitende

> 8,5 Tsd.



E-Mobilitätskund*innen

> 130 Tsd.



Grünstromkund*innen

> 0,5 Mio.



Wärmeversorgte Wohneinheiten



Unser Versprechen für die Energiewende

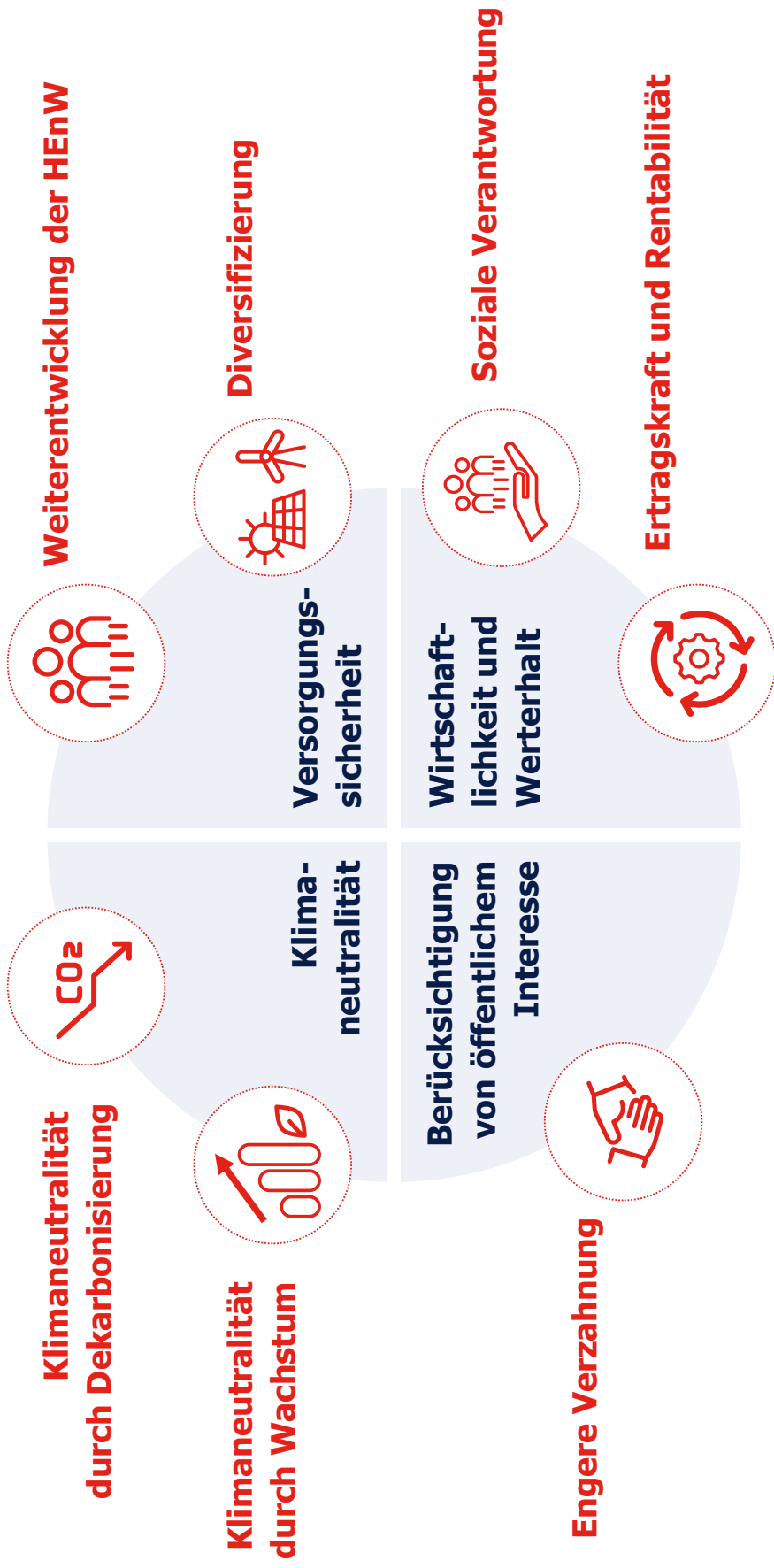
Wir, die Hamburger Energiewerke, sind der Energieversorger der Stadt Hamburg und fühlen uns der Hansestadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet.

Unser umfassendes Angebot macht uns zum zentralen Ansprechpartner der Hamburgerinnen und Hamburger zu allen Fragen der Energieversorgung. Mit innovativen ökologischen Lösungen nehmen wir eine Vorbildfunktion in der nachhaltigen Transformation der Energiesysteme ein.

Unser Anspruch ist es, Gestalter und Treiber der Hamburger Energiewende zu sein. Für unsere Stadt leisten wir einen starken Beitrag zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels und unterstützen gleichzeitig die Wirtschaft und Wertschöpfung vor Ort.



Unsere Mission im Kontext des städtischen Zielbildes



Die Hamburger Energiewerke – Transformation zu einem nachhaltigen Versorger



Hamburger Energiewerke
Größter Einzelbeitrag zu Hamburgs Klimazielen.



Außerbetriebnahme Kohlekraftwerke
HKW Wedel bis 2025 & HKW Tiefstack bis 2030



Strategie zur **Klimaneutralität** bis 2040



Erfahrener Experte
für Erneuerbare Energien



787* Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Herzstück des Unternehmens



~ **500.000 Wohneinheiten Stadtwärme**
~ **9.000 Wohneinheiten grüne Wärme**
~ **161.000 Ökostrom- & Ökogaskunden**



~ **Zweitgrößter Stromanbieter** in Hamburg



Mehr als **100 Erzeugungsanlagen** in der Metropolregion Hamburg



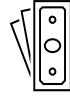
~ **25% Wärme- und ~ 10 % Strommarktanteil** in Hamburg



86 + 1.300 Ladesäulen (E-Mobility), Wärmepumpen, **zweitgrößte** PtH Europas



Kooperation TU HH, Helmut Schmidt Universität, BUND, Greenpeace, BUKEA



Notwendiges

Transformationsbudget
bis 2027 **€ 1,6 Mrd.**

*Zahlen stichtagsbezogen zum 31.12.2021

Hamburger Energiewerke – starker Partner für die Energiewende innovative Ökostrom- & Wärmelösungen & Sektorkopplung



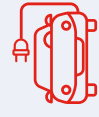
Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen möchten zunehmend Strom aus Erneuerbaren Quellen. Wir bieten ihn an.

Ökostrom



Intelligente Netze verbinden Akteure des Energiesystems von Erzeugung bis Verbrauch. Sie tauschen IT-basiert Informationen.

Smarte Netze



Wirklich nachhaltig ist die E-Mobilität, wenn zu 100% zertifizierter Ökostrom in Hamburg aus den 1.000 (und mehr) Ladesäulen fließt.

Elektromobilität



Hamburg baut seine Rolle als Schlüsselstandort für die Wasserstoffproduktion aus: große Potentiale für Energiewende und Klimaschutz.

Wasserstoff



Nachhaltige Wärmeerzeugung: Reduzierung fossiler Erzeugung durch Quellen wie Geothermie oder Abwärme, insbes. aus Abwasser-, Industrie und Abfallverwertung.

Klimaneutrale Wärme



Strom, Wärme, Mobilität und Industrie werden zu einem System verknüpft. Smart vernetzt lässt sich Energie effizient, kaskadiert und bedarfsgerecht nutzen.

Sektorenkoppelung



Speicher federn die volatile Erzeugung der Erneuerbaren Energien ab. Sie lagern überschüssige Energie und geben diese bei Bedarf ab (täglich und saisonal).

Speichertechnologien



Umweltfreundliche Energie direkt aus der Nachbarschaft. Kurze Wege von der Erzeugung zum Verbraucher, z.B. über ein Nahwärmenetz.

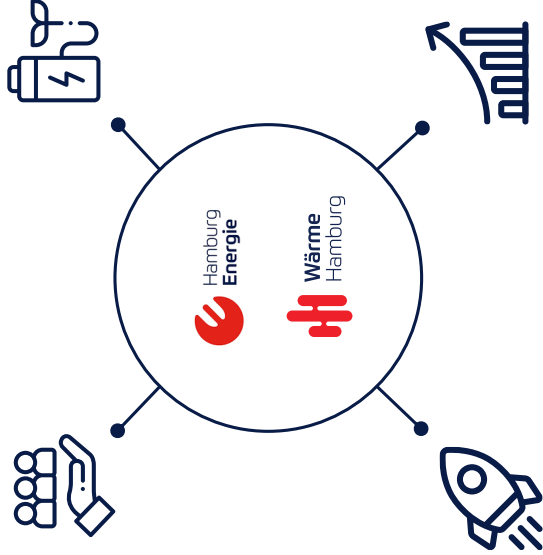
Quartierslösungen

Tagesordnung

- 1**
**Hamburger
Energiewerke –**
Transformation
zu einem
nachhaltigen
Versorger
- 2**
**Projekt-
abschluss
Fusion**
- 3**
**Defossilisie-
rung des Fern-
wärmesystems**
- 4**
**Versorgung-
sicherheit**

Hamburger Energiewerke – die wesentlichen Ziele der Fusion

Kundenfokus
Ein Energieunternehmen mit umfassendem Produkt- und Serviceangebot für Hamburger Bürger und Unternehmen



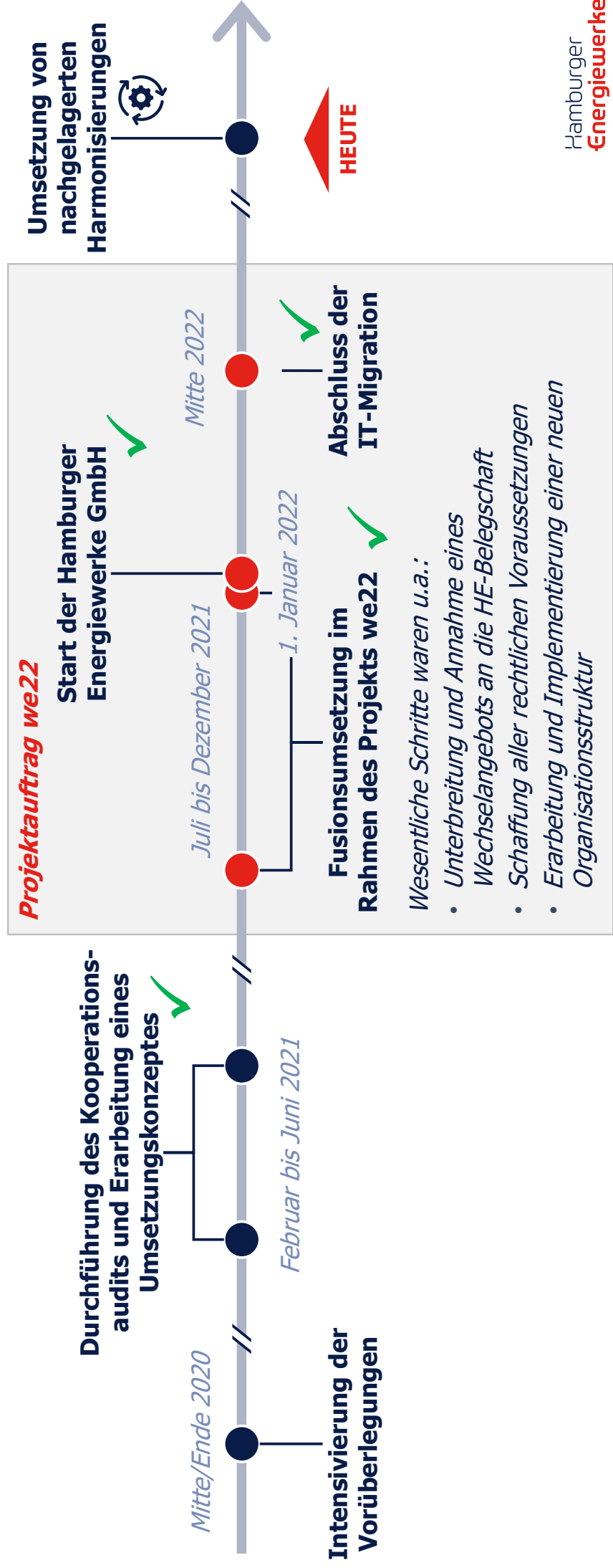
Gestaltung der Energiewende
Bündelung der unternehmerischen Verantwortung für die Gestaltung der Energie- und Wärmewende in Hamburg

Wettbewerbsfähigkeit
Verbesserte Flexibilität und Schnelligkeit bei der Realisierung komplexer Energielösungen

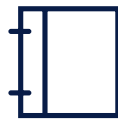
Wachstum
Bündelung der Energiekompetenz zur Realisierung gemeinsamer Wachstumspotentiale und Wertschöpfungspotentiale

Die Fusion konnte inklusive der IT-Umsetzung innerhalb von anderthalb Jahren entschieden, konzipiert und umgesetzt werden.

Zeitplan Kooperationsaudit und Fusionsumsetzung (Projekt we22)



Das Fusionsprojekt vom Anfang bis heute ...



... knapp anderthalb Jahre Projektlaufzeit, inkl. Kooperationsaudit und IT-Umsetzung



... unternehmensübergreifende Zusammenarbeit zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller beteiligten städtischen Unternehmen, insbesondere im Rahmen des IT-Projekts



... über 100 übergreifende Meetings trotz Remote-Einschränkungen durchgeführt (operatives Projektgremium, Lenkungskreis, Kernteam, Projektleitung, Arbeitsgruppensitzungen) sowie regelmäßige Mitarbeiterinforeveranstaltungen



... knapp übergreifende 70 Meilensteine mit den Teilprojektleitungen definiert



... knapp 60 IT-spezifische Meilensteine für die Migration von Applikationen/Services definiert und umgesetzt

Die Projektaufgaben sind abgeschlossen. Alle Projektziele konnten erreicht werden.

Ziele des Fusionsprojektes we22

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit zum Tag 1	01.01.	✓
Planung und Umsetzung des erforderlichen Personaltransfers	01.01.	✓
Aktive Kommunikation und Begleitung des Zusammenwachsens	01.01.	✓
Mitwirkung bei / Vorbereitung des rechtlichen Vollzugs	01.01.	✓
Durchmischung durch ein Raum- / Standortkonzept	14.02.	✓
Abschluss der IT-Migration	31.08.	✓
Einhaltung des Zeit- und Budgetrahmens sowie Absicherung der Synergiepotenziale durch Überführung in die reguläre Planung	31.08.	✓

Die Fusion ist damit erfolgreich abgeschlossen und die Hamburger Energiewerke können jetzt wirkungsvoll ihren Beitrag zur Hamburger Energiewende leisten.

Tagesordnung

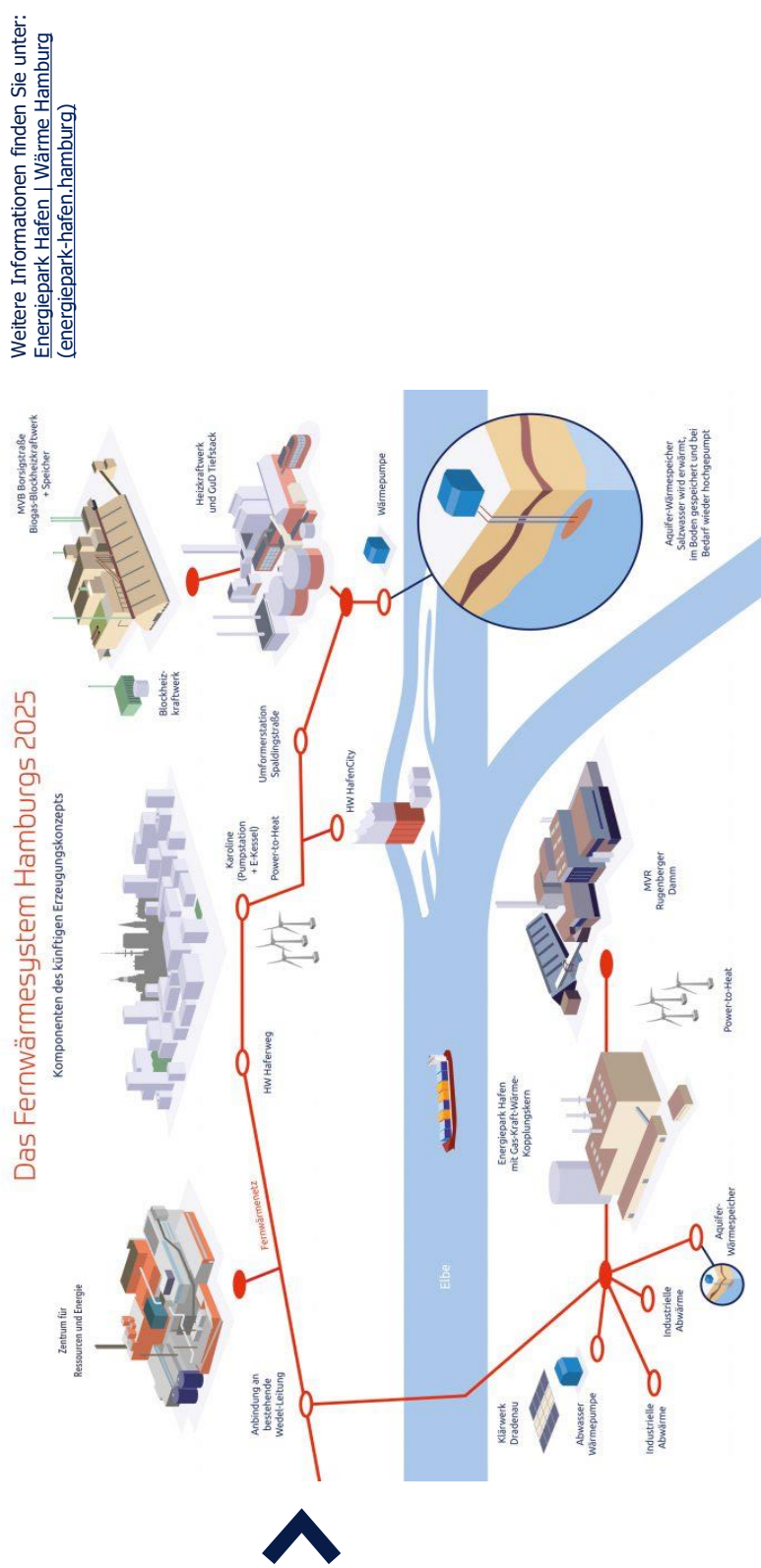
- 1**
Hamburger Energiewerke –
Transformation
zu einem
nachhaltigen
Versorger
- 2**
Projekt-
abschluss
Fusion
- 3**
Defossilisie-
rung des Fern-
wärmesystems
- 4**
Versorgung-
sicherheit

Transformation des Fernwärmesystems: Zeithorizont 2025 Energiepark Hafen: klimaneutrale Wärmequellen, PTH & Speicher, hocheffiziente KWK

Die Komponenten des künftigen Erzeugungskonzepts der Hamburger Energiewerke zur Ablösung HKW Wedel

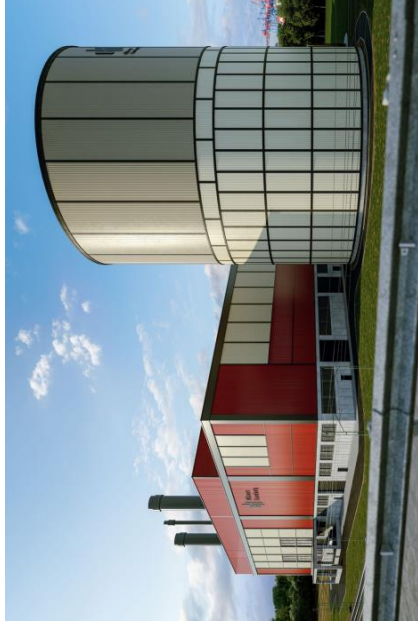


Die neue Fernwärmeleitung wird den Energiepark Hafen mit dem bestehenden Fernwärmenetz im Westen Hamburgs verbinden.



Ersatz HKW Wedel 2025 – die Mosaiksteine in Umsetzung

GuD Dradenau + Pth



Ab 2025 wird eine hocheffiziente Gas- und Dampfturbinen-Anlage am Standort Dradenau in Kombination mit klimaneutralen Wärmequellen, sowie Pth erbaut, um den zentralen Kraftwerksstandort in Wedel ablösen.

Stadtwärmeleistung: ca. 260 MW

Pth-Anlage Dradenau

Stadtwärmeleistung: ca. 30 MW

Projekt „Peute“



In Zusammenarbeit mit Aurubis und enercity Nord Contracting werden 2024 40 MW Industrieabwärme in das Stadtwärmenetz eingespeist. Verträge sind unterschrieben.

Stadtwärmeleistung: ca. 40 MW

Fernwärmenetz Ausbau Südleitung

Die Südleitung verbindet inkl. Elbquerung den Energiepark Hafens mit dem Fernwärmenetz im Westen Hamburgs.

Pth-Anlage Wedel

Am Standort Wedel wird eine neue Pth-Anlage errichtet und 2023 in Betrieb gehen:

- Kohleexit + CO₂-Reduktion

Stadtwärmeleistung: 80 MW

Anbindung Industrie Süd (Arcelor, Trimet, Speira)

Zukünftig werden die klimaneutralen Wärmequellen genutzt. Dabei wird die industrielle Abwärme abgenommen und auf ein höheres Temperaturniveau gebracht und ins Wärmenetz eingespeist.

Stadtwärmeleistung: 26 MW

Ersatz HKW Wedel 2025 – die Mosaiksteine in Planung

Anbindung MVR Rugenberger Damm



Die Müllverbrennungsanlage der Hamburger Stadtreinigung produziert bereits heute gleichzeitig elektrischen Strom, Prozessdampf für industrielle Dampfkunden und Wärme für das Fernwärmesystem. Die MVR soll weiter ausgebaut werden.

Stadtwärmeleistung: ca. 100 MW

Anbindung ZRE Stellingen



Die Hamburger Stadtreinigung errichtet ein „Zentrum für Ressourcen und Energie“ (ZRE). Es werden unter anderem Bio- und Ersatzbrennstoffe gewonnen, sowie weitere Wertstoffe ausgeschleust. 2025 wird das ZRE an das Fernwärmenetz angeschlossen.

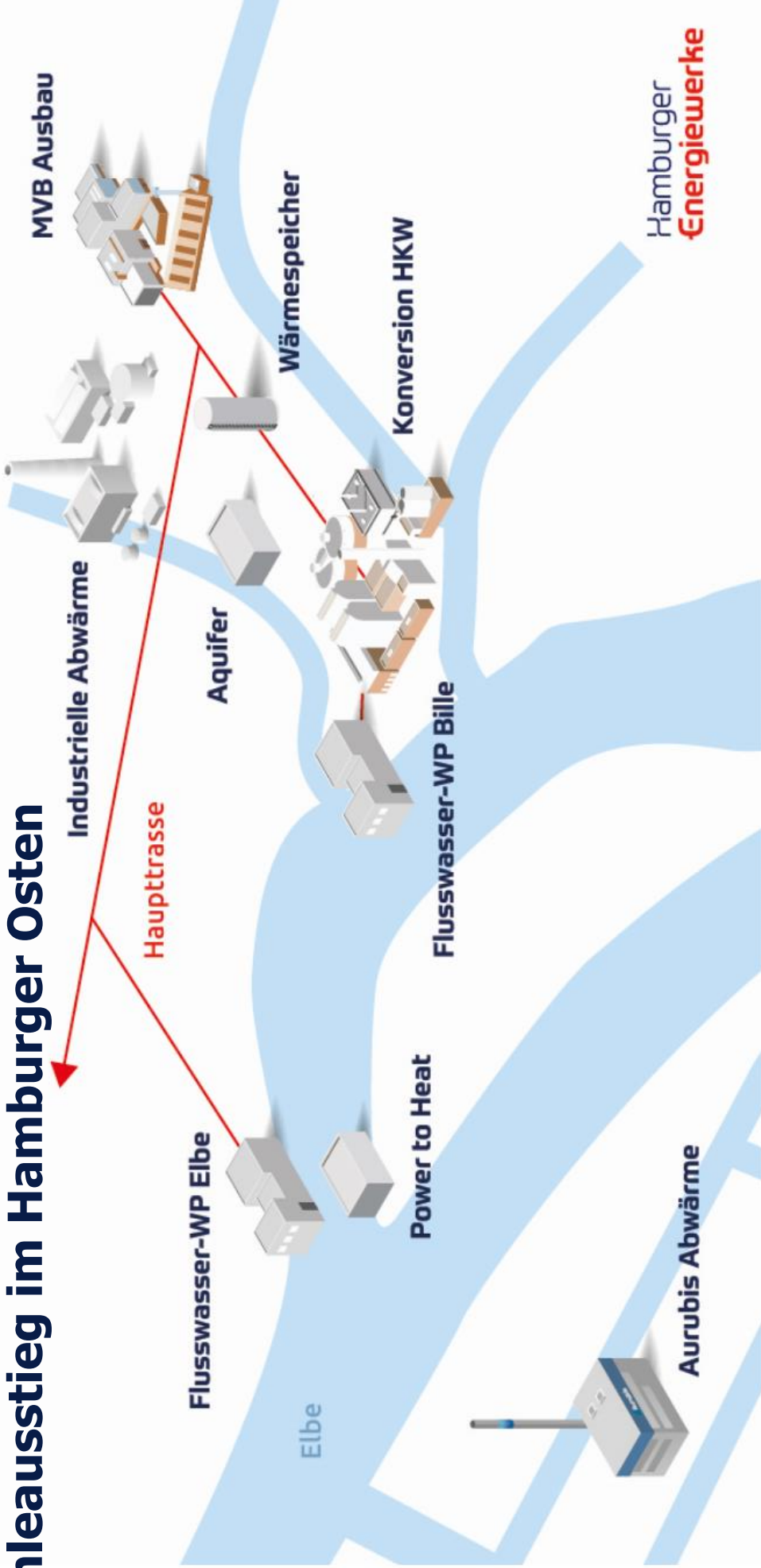
Stadtwärmeleistung: 75 MW

Abwasser-Wärmepumpe Hafen inkl. Anbindung

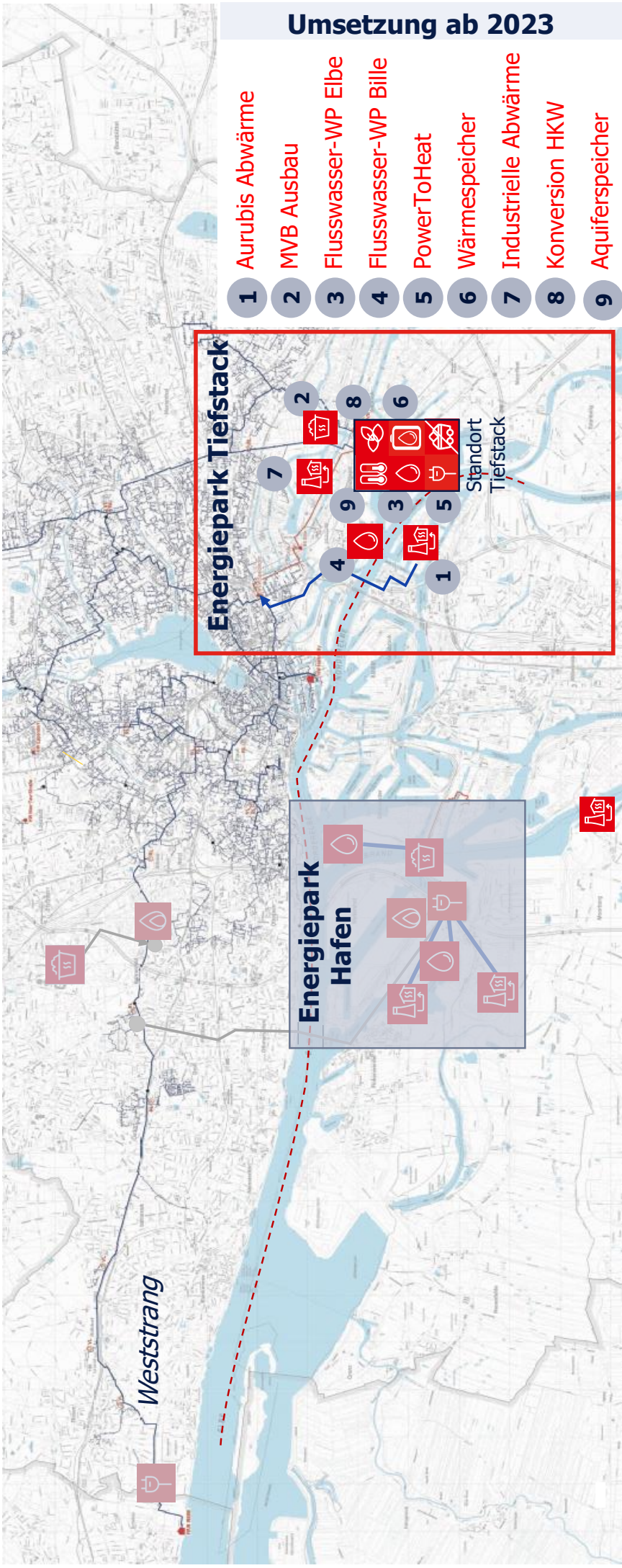
Ab 2025 wird die Abwasserabwärme genutzt. Dabei wird die im Abwasser vorhandene Wärme entzogen, auf ein höheres Temperaturniveau gebracht und ins Wärmenetz eingespeist.

Stadtwärmeleistung: 60 MW

Transformation des Fernwärmesystems: Zeithorizont 2030 Das Konzept Energiepark Tiefstack mit innovativen Projekten für den Kohleausstieg im Hamburger Osten



Transformation des Fernwärmesystems: Zeithorizont 2030 Energiepark Tiefstack mit innovativen Projekten für den Kohleausstieg im Hamburger Osten

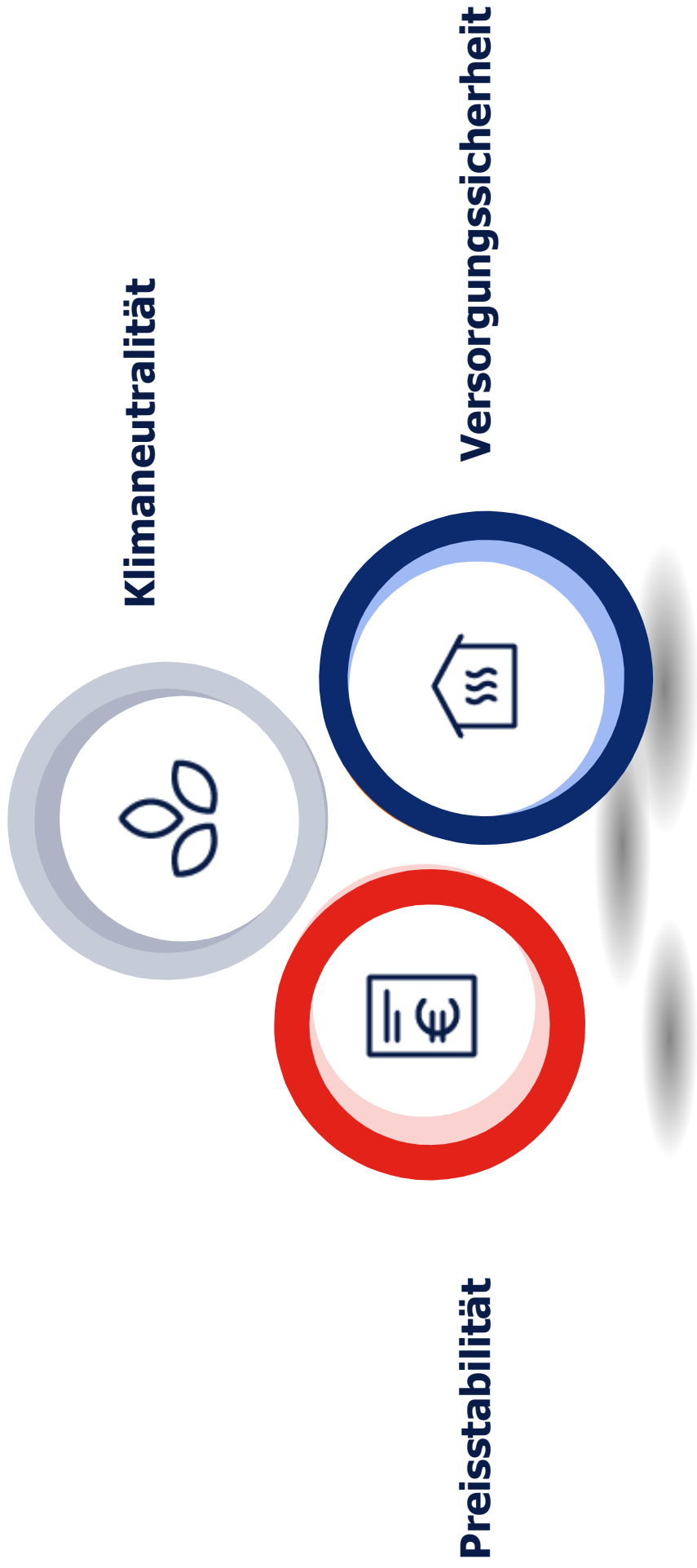


Energiewerke

Tagesordnung

- 1**
**Hamburger
Energiewerke –**
Transformation
zu einem
nachhaltigen
Versorger
- 2**
**Projekt-
abschluss
Fusion**
- 3**
**Defossilisie-
rung des Fern-
wärmesystems**
- 4**
**Versorgung-
sicherheit**

Die drei Fokusgruppen eines Energielieferanten



Sichere Fernwärmeversorgung der Stadt Hamburg

Energieversorgung



- Kohle- und Ölreserven für die kommende Heizperiode gesichert
- Derzeit keine Einschränkungen in der Stromversorgung
- Derzeit keine Einschränkungen in der Gasversorgung

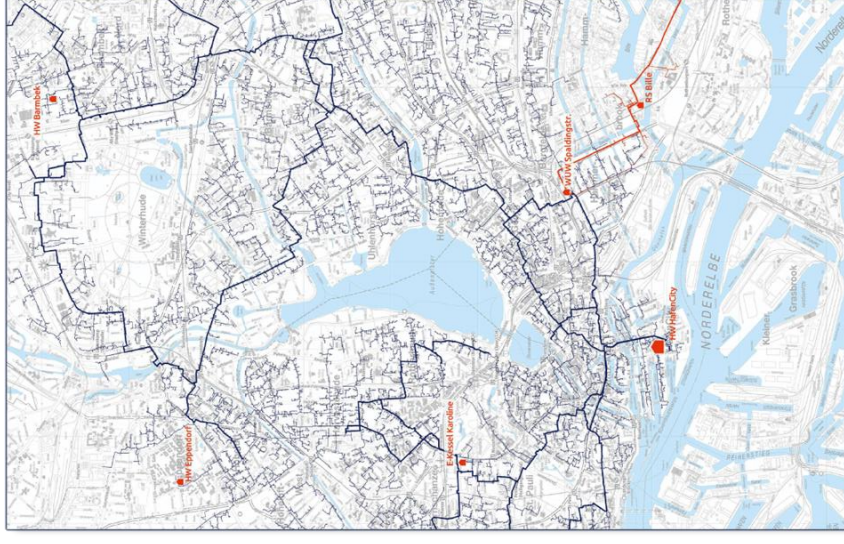
Erzeugungsanlagen und Dritteinspeiser



- Die Kraftwerke Wedel und Tiefstack, sowie die Heizwerke im Städtnetz unterliegen derzeit keinen relevanten Einschränkungen
- Dampflieferung der MVB nach dem Brand im September noch eingeschränkt



Es liegen derzeit keine Versorgungs einschränkungen im Städtwärmenetz der HEnW vor!



Umsetzung der politischen Maßnahmen zur Energiepreisbremse

Soforthilfe | Kompensation Gas-Abschlag Dezember:

- Alle Gas-Kunden mit SEPA-Mandat erhalten im Dezember **keine** Abschlags-Abbuchung.
- Alle sonstigen Kunden werden direkt darüber informiert, dass sie im Dezember **keine** Abschlags-Zahlung zu leisten haben.
- Abweichende Zahlungen werden mit der Jahresrechnung verrechnet.

Sonstige geplante Entlastungen der Kunden seitens der HEnW:

- Alle Bestandskunden mit Vertragslaufzeit > 1 Jahr erhalten **140 Euro Gutschrift** auf die Jahresrechnung.
- Im Q1 2023 werden keine Kündigungen von säumigen Gaskunden vorgenommen.
- Die HEnW prüfen Beteiligung an städtischem Hilfsfonds für bedürftige Haushalte.

Einführung des Strom- und Gaspreisdeckels ab März 2023

- Umsetzung bereits in Vorbereitung mit Rückwirkung zum Januar 2023.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

